

Zürich

«Stirbt ein alter Mensch, ist das häufig kaum der Rede wert»

Daniel Grob, Medizinischer Direktor des Stadtsitals Waid, bemängelt unsere Sterbekultur. Es fehle beispielsweise eine Fallpauschale «Sterben» in den Spitälern.

Mit Daniel Grob sprach Monica Müller

Herr Grob, die meisten Menschen würden am liebsten zu Hause sterben. Wie vielen gelingt dies?
Sterben ist ein Altersphänomen geworden. Etwa die Hälfte der Zürcherinnen und Zürcher sterben in Spitälern. 25 Prozent der alten Menschen scheiden in Pflege- oder Altersheimen aus dem Leben. Und nur jeder oder jede Vierte stirbt in den eigenen vier Wänden. Was alle wollen, funktioniert also kaum.

Was bedeutet das für die Spitäler?
Für die Spitäler ist Sterben ein schwieriger Prozess, weil er nicht planbar ist. Ärzte und Pflegenden müssen die Menschen begleiten und permanent schauen, ob sich ihr Zustand Richtung Überleben oder Sterben entwickelt. Das braucht viel Geduld und kann mehrere Tage dauern.

Das ist eine lange Zeit, wenn man an den Kostendruck denkt, unter dem die Spitäler stehen.
Mit der Einführung der Fallpauschalen Anfang Jahr hat sich dieser Druck verstärkt: Es gibt keine Fallpauschale «Sterben». Ein Sterbeprozess kann bis zu sieben oder zehn Tage dauern. Das sind für die Spitäler nicht finanzierbare Tage. Und dennoch pflegen wir in der Stadt Zürich den Grundsatz: Wir verlegen keine sterbenden Menschen aus den Spitälern in Pflegeheime.

Wird das denn andernorts so gemacht?
Ich bin in vielen Pflegeheimen ausserhalb der Stadt und habe dort Heimleiter sagen gehört, sie seien froh, wenn ihre Bewohner noch lebendig aus dem Spital wieder im Pflegeheim eintreffen. Da scheint die Haltung zu bestehen: Sterben kann man auch im Pflegeheim. Ich finde es nicht fair, alte Menschen in diesem schwierigen Prozess herumschieben.

Aber wollen die alten Menschen denn in den Spitälern sterben?
In der Regel stirbt man sehr gut in einem Spital, Pflegenden kümmern sich um einen rund um die Uhr, und die Patienten haben Zugang zu palliativer Medizin und Pflege. In der gewohnten Umgebung zu sterben, ist oft schwieriger. Um dies alten Menschen doch vermehrt zu ermöglichen, müssen wir die palliative und die herkömmliche Spitex in der Stadt verstärken. Sterben ist und bleibt aber unberechenbar. Man kommt ins Spital, weil man krank ist, und irgendwann geht es Richtung Tod.

Eine hohe Sterberate ist bestimmt auch fürs Image eines Spitals nicht optimal.
Im Wettstreit mit anderen Spitälern gelten Sterberaten als Qualitätsmerkmale. Aufgrund von Statistiken lässt sich vergleichen, wie hoch die Mortalität bei

Daniel Grob (58) ist Facharzt für Innere Medizin und Geriatrie sowie medizinischer Direktor des Stadtsitals Waid.



einer Hüftoperation oder einer Lungenentzündung in verschiedenen Spitälern ist. Sterben wird als negativer Ausgang, als Qualitätsdefizit wahrgenommen. Doch das ist falsch: Sterben kann auch ein positiver, erwünschter Ausgang sein für den Betroffenen, für die Angehörigen und die Ärzte. Leider wird eine höhere Sterberate bei einem Eingriff oft mit schlechter Behandlungsqualität gleichgesetzt. Hier muss ein Umdenken stattfinden.

In der neuen Altersstrategie der Stadt Zürich, an der auch Sie mitgearbeitet haben, heisst einer der zehn Grundsätze: «Tod, Sterben, Trauer geben wir Raum.» Wie soll das von sich gehen?
Raum heisst Personal, Ressourcen - also Geld. So soll es beispielsweise möglich sein, dass die Tochter im Zimmer der sterbenden Mutter übernachten kann. Oder dass Menschen aus anderen Religionen im Spital ihre Rituale ausüben können. Es geht uns auch darum, übers Sterben nachzudenken und es zu thematisieren. Wird ein Baby geboren, macht man ein Riesen-Tamtam. Stirbt ein alter Mensch, ist das häufig kaum der Rede wert.

Halten Sie eine Fallpauschale «Sterben» für umsetzbar?
Das Fallpauschalen-System sollte ein lernendes System sein. Es sollte also auch möglich sein, Sterben neu darin abzubilden. Doch Änderungen am System werden mit Interessen der Kantone, der öffentlichen Hand, der Krankenkassen verknüpft. Ich bin trotzdem optimistisch: Schliesslich ist es einfach nicht richtig, wenn Spitäler aufgrund von Todesfällen Defizite einfahren.

Altersstrategie der Stadt Zürich

Möglichst lange selbstständig leben

Die Stadt Zürich plant mehr altersgerechte Wohnungen, breitere Spitex-Dienste und weitere Beratungsstellen.

Von Monica Müller

Zürich - Rund 22 000 über 80-Jährige leben in der Stadt Zürich. Sie bleiben in den nächsten Jahren eine etwa gleich grosse Gruppe, doch ihre Bedürfnisse werden sich verändern. Ihr Anspruch auf Selbstbestimmung wird grösser. Die meisten werden so lange wie möglich autonom und gut informiert zu Hause leben wollen. Eine Mehrheit hat wenig Geld zur Verfügung, eine kleine Minderheit ist vermögend. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse des Gesundheits- und Umweltdepartements. Vorsteherin Claudia Nielsen (SP) präsentierte sie gestern den Medien als Grundlage für die neue Altersstrategie der Stadt Zürich.

Das Alter gehöre in seiner ganzen Vielfalt und Wichtigkeit auf die politische Agenda, sagte Nielsen. «Was nun vorliegt, ist ein Zielbild, ein System, wohin unsere Anstrengungen, unsere Energien und unsere Ressourcen in den nächsten fünf Jahren gehen sollen.»

Angebote weiterentwickeln

Zuerst kommen die politischen Grundsätze. Zum Beispiel: «Das Alter hat viele Gesichter. Wir richten unser Handeln danach.» Oder: «Alle Menschen sind wichtig für unsere Gesellschaft.» Nach diesen Leitlinien hat das Gesundheits- und Um-

weltdepartement strategische Handlungsfelder formuliert. Im Zentrum steht der Anspruch, die bestehenden Angebote zu halten und weiterzuentwickeln.

In der Stadt Zürich leben rund 80 Prozent der über 65-Jährigen im eigenen Haushalt. Rund 12 Prozent ermöglichen sich diese Wohnform, indem sie unter anderem die Unterstützung der Spitex beanspruchen. Die Stadt plant, die Spitex und weitere ambulante Dienstleistungen auszubauen und pflegende Angehörige mit Entlastungsangeboten zu unterstützen. Darüber hinaus will sie mehr altersgerechte Wohnungen anbieten und private Wohneigentümer auf die Bedürfnisse von älteren Mietern sensibilisieren. Die Stadt plant auch, den Standard der Altersheime und Pflegeeinrichtungen weiterzuentwickeln.

In der Altersmedizin ist mehr Kooperation gefragt: Die Stadtspitäler sollen ihre akutgeriatrischen Dienstleistungen ausbauen und vermehrt zusammenarbeiten, auch mit Altersheimen und Pflegezentren. Um qualifiziertes Personal in städtischen Spital-, Alters- und Pflegeinstitutionen zu halten und dafür zu gewinnen, will sich die Stadt als attraktive Arbeitgeberin positionieren und viele Ausbildungsplätze anbieten.

Verschiedene Beratungsstellen sollen älteren Menschen dabei helfen, das bestmögliche Hilfsangebot zu finden. Es gehe darum, den Bedarf künftiger Generationen zu erfassen und mit einem bewussten und sorgsamem Einsatz der öffentlichen Mittel die passenden Angebote zu schaffen, sagte Claudia Nielsen.

Kantonsfinanzen: Es könnte schwarze Zahlen geben

Zürich - Die Finanzdirektion hat eine erste Schätzung vorgenommen, wie die Staatsrechnung 2012 abschliessen könnte. Demnach ist zwar ein Defizit von 190 Millionen Franken möglich, doch im günstigsten Fall auch ein Überschuss von 154 Millionen. Budgetiert ist ein Defizit von 82 Millionen. Laut der Mitteilung ist es erfahrungsgemäss wahrscheinlich, dass die positiveren Werte der Schätzung erreicht werden. Allerdings gibt es derzeit noch viele Unsicherheiten. So liegen etwa bei der neuen Spitalfinanzierung erst provisorische Tarife vor. Positiv entwickeln sich die Steuereinnahmen. Nach aktuellem Stand werden sie 87 Millionen Franken höher ausfallen als geplant; im günstigsten Fall könnten es gar 300 Millionen Franken mehr sein. Bei der Investitionsrechnung zeichnet sich laut Finanzdirektion ab, dass die Budgetvorgaben eingehalten werden können. (sch)

Numerus clausus: Nur jeder Vierte kann Medizin studieren

Zürich - Der Ansturm aufs Medizinstudium ist 2012 noch grösser als im letzten Jahr. In der Humanmedizin rechnet der Regierungsrat an der Universität Zürich mit 1091 Studienanwärtern, im Vorjahr waren es 980 gewesen. Da es an der Uni Zürich nur 240 Studienplätze gibt, sei eine Zulassungsbeschränkung auch in diesem Jahr unumgänglich, schreibt der Regierungsrat in einer Mitteilung. Einen Numerus clausus wird es auch in der Zahnmedizin geben. Dort gibt es 127 Anmeldungen für 50 Studienplätze. Bei den Veterinären haben sich 327 Personen für ein Studium angemeldet. Vetsuisse bietet aber nur 150 Studienplätze (Bern und Zürich zusammen). Laut Regierungsrat findet der Eignungstest am 6. Juli 2012 statt. Er wird koordiniert mit den anderen Unis durchgeführt, die auch Zulassungsbeschränkungen fürs Medizinstudium vorsehen. (sch)

Hybridbusse sparen 30 Prozent Diesel

Uster/Glattbrugg - Die beiden Hybridbusse, die im Oberland und im Glattal seit einem Jahr getestet werden, haben sich bewährt. Gemäss Mitteilung der beiden Verkehrsbetriebe lag die Treibstoffersparnis im Vergleich zu einem normalen Dieselmotor bei 30 Prozent. Erwartet werden waren 25 Prozent. Der Versuch wird fortgesetzt. Der Fahrplan konnte trotz der trägeren Beschleunigung grösstenteils eingehalten werden. Verspätungen ergaben sich einzig auf Strecken innerorts mit vielen Stopps. Die Hybridbusse haben einen bloss halb so starken Dieselmotor wie ein Normalbus und werden bis Tempo 17 lautlos durch einen 200-PS-Elektromotor angetrieben. (rba)

Gymi-Vorbereitung für alle Kinder

Zürich - Die Schulgemeinden sollen verpflichtet werden, Sechstklässlern und Sekundarschülern der zweiten Klasse, welche die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium machen wollen, Vorbereitungskurse zu erteilen. Eine Änderung des Volksschulgesetzes hat der Regierungsrat nun dem Kantonsrat vorgeschlagen. Die Unterstützung soll kostenlos sein und im Umfang von zwei Lektionen pro Woche während eines halben Jahres erfolgen. Derzeit werden die Jugendlichen in den Gemeinden sehr unterschiedlich auf die Gymi-Prüfung vorbereitet. Die einen bieten gar keine Hilfe, andere Gemeinden bereiten die Kinder im ordentlichen Unterricht auf die Prüfungen vor. Oft schicken Eltern ihre Kinder in private Vorbereitungskurse, die sich aber nicht alle leisten können. Der Regierungsrat will diese Uneinheitlichkeit beheben und für gleiche Chancen für alle sorgen. Die Gewerkschaft VPOD reagierte gestern grundsätzlich positiv auf den Antrag der Regierung. (sch)

Kartons hinterm Haus führten zum Brand am Winterthurer Neumarkt

Winterthur - Es war nicht der Backofen, auch nicht die Fritteuse oder der Herd. Der Grossbrand in der Innenstadt, der im März das Haus am Neumarkt 5 zerstört hat, begann nicht im zuerst verdächtigten Restaurant, sondern hinter dem Haus. Das Feuer brach in einem Haufen Kartons aus, der im Hof deponiert war, wie ein Sprecher der Kantonspolizei gegenüber dem «Landboten» bestätigte. Warum die Kartons Feuer gefangen hatten und ob Fahrlässigkeit oder Brandstiftung vorliegt, weiss die Polizei nicht; dazu seien weitere Ermittlungen notwendig, insbesondere müssten noch Leute befragt werden.

Der Eigentümer des Hauses, der Winterthurer Restaurant-Unternehmer Guido Binkert, hat bereits einen Tag nach dem Brand den Wiederaufbau an die Hand genommen. Weil die Fassade der Häuserzeile am Neumarkt geschützt ist, sind die Möglichkeiten für die Architekten eingeschränkt. Binkert hat deshalb gleich vier Büros beauftragt, bis Mitte Juli Vorschläge für einen Neubau auszuarbeiten. Danach wird eine Jury, in welcher auch Vertreter der Stadt sitzen, die beste Idee küren. Wenn keine unerwarteten Verzögerungen auftreten, beginnt der Wiederaufbau im nächsten Frühling. (ms)

Zweiter Schläger von Glattbrugg in Haft - Streit entbrannte wegen besetzter Toilette

Glattbrugg - Jetzt hat die Kantonspolizei auch den zweiten Mann verhaftet, der am Montag am Glattuferweg ein tibetisches Rentnerpaar angegriffen hatte. Es handelt sich um einen 51-jährigen schweizerisch-algerischen Doppelbürger. Die Polizei nahm ihn gestern an seinem Wohnort im Bezirk Bülach fest. Die Stadtpolizei Opfikon hatte bereits seinen Komplizen, einen 19-jährigen Schweizer, eruiert und verhaftet. Die Männer hatten am Montagmorgen mit dem Ehepaar einen Streit beim Kehrplatz St. Annastrasse. In der Folge stiess der 19-Jährige den 72-jährigen Tibeter am nahen Glattuferweg zu Boden. Der Mann brach sich den Ober-

schenkel. Seine 67-jährige Ehefrau erlitt im Zuge der Auseinandersetzung Prellungen und Schürfwunden im Gesicht.

Laut TeleZüri entzündete sich der Streit wegen eines WCs. Der Tibeter befand sich auf der Toilette beim Kehrplatz. Einer der Männer wollte ebenfalls aufs WC, worauf die davor wartende Ehefrau zu verstehen gab, dass es besetzt sei. Die Frau kann nicht Deutsch. Es kam zu einem Streit, bei dem einer der beiden Männer der Frau Bier ins Gesicht schüttete und sie schlug. Als das Paar auf dem Glattuferweg zur Polizei gehen wollte, wurden sie von den beiden verfolgt und weiter traktiert. (hoh)